

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Februar/März 2022

Liebe Mitglieder und Freunde,

Mit der Wahl von Cyril Ramaphosa zum ANC-Vorsitzenden im Dezember 2017 und seinem Amtsantritt als Staatspräsident verband sich die Hoffnung, dass er den von seinem Vorgänger zu verantwortenden Niedergang des Landes nicht nur zügig beenden werde, sondern auch rasch und umfassend die Folgen der Staatsvereinnahmung bereinigen und die Bedingungen für einen spürbaren Aufschwung zugunsten der Menschen im Land schaffen werde. Die derzeitige Bilanz fällt bedauerlicherweise enttäuschend aus. Die meisten Südafrikaner/innen hätten sich angesichts der enormen Herausforderungen ein beherrzteres Vorgehen gewünscht, etwa bei der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation, aber auch gegenüber den Zuma-treuen ANC-Funktionären oder dem „*Radical Economic Transformation*“-Flügel. An deren Spitze scheint sich Tourismusministerin *Lindiwe Sisulu* derzeit als Gegenkandidatin für Ramaphosa bei den im Dezember anstehenden Wahlen des ANC-Vorsitzes zu positionieren.

Ramaphosa ist niemand, der sich in die Karten schauen lässt. Es kann also nur spekuliert werden, was ihn daran hindert, Führung und Stärke zu zeigen. Möglicherweise fürchtet er, als Verantwortlicher für Spaltung und Niedergang des ANC in die Geschichtsbücher einzugehen. Dies hat sich aber schon bei den Kommunalwahlen vom 01.11.2021 angedeutet, vor allem durch das Fernbleiben vieler Stammwähler. Er muss auch fürchten, dass sich angesichts der schlechten Wirtschafts- und Beschäftigungsperspektiven die dramatisch wachsende Zahl arbeits- und perspektivloser Jugendlicher dem linken Flügel des ANC oder gar den „*Economic Freedom Fighters (EFF)*“ unter Führung von *Julius Malema* zuwendet, so dass deren jeweilige Abgeordnete am Ende im Parlament eine Mehrheit bilden könnten. Ramaphosa hat bei seiner Wahl zum ANC-Vorsitzenden nur knapp gewonnen. Auch dies dürfte ein Grund für seine Zurückhaltung in der direkten Auseinandersetzung mit dem nach wie vor starken Zuma-Flügel im ANC und bei innerparteilichen Disziplinarverfahren und konsequenter Strafverfolgung sein gegenüber den zahlreichen Amtsträgern und Politikfunktionären, die von der ZONDO-Kommission als korrupt und mitverantwortlich für die Staatsvereinnahmung identifiziert wurden.

Zugegeben, er hat inzwischen vor allem bei den halbstaatlichen, zumeist monopolistischen Unternehmen weitreichende, grundlegende Reformen eingeleitet (z.B. die Aufspaltung des Elektrizitätsversorgers ESKOM), die aber erst in der weiteren Zukunft Früchte tragen werden.

Die Wirtschaft und die Menschen im Land warten jedoch auf zeitnah wirksame Maßnahmen. Werden sie im Zusammenhang mit den für Mitte Juni angekündigten Reaktionen auf die Ergebnisse und Empfehlungen der ZONDO-Kommission verkündet? Wird es ihm im Zusammenwirken mit der südafrikanischen Wirtschaft gelingen, ein umfassendes, deutlich wirksameres Maßnahmenpaket zu schnüren, das zeitnah Wirkungen zeigt? Wird er Südafrika wieder auf den Wachstumspfad zurückführen können? Fragen, die auf rasche Antworten warten.

Mit großen Eigenanstrengungen, tatkräftiger Unterstützung seiner internationalen Partner und der in- und ausländischen Privatwirtschaft kann Ramaphosa zurzeit noch rechnen - den Weg dazu müssen er und seine Regierung jedoch selbst ebnen.

Wir werden in diesem Jahr Gelegenheiten haben und Ihnen anbieten, diese Fragen mit Ihnen und künftigen Gästen zu diskutieren. Die Mitgliederversammlung am 6. April 2022 wird uns nach langer Zeit die Möglichkeit zum Austausch mit dem südafrikanischen Botschafter, *S.E. Phileas Stone Sizani*, und erstmals seit langem auch zur persönlichen Begegnung mit Ihnen geben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Hans-Werner Bussmann



In diesem Newsletter:

- STATE of the NATION (SONA) 2022
- Budget 2022/2023
- EU/AU-Gipfel in Brüssel

Bitte vormerken:

**Mitgliederversammlung
DeSaFor mit Vorstandswahl**

**Mendelssohn-Remise, Berlin
am 6.4.2022, 18h00**

**anschließend (ab 19h30):
Vortrag und Austausch mit
dem Botschafter Südafrikas,
S.E. Phumelele Stone Sizani**

Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

www.desafor.de

**Kontakt:
info@desafor.de**

**Adresse:
DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin**

State of the Nation Address 2022 – im Süden (fast) nichts Neues

Am 15. Februar 2022 jährte sich der Amtsantritt von Cyril Ramaphosa als südafrikanischer Staatspräsident zum vierten Mal. Nun also die 4. "State of the Nation-Address" (SONA - [hier](#)) seiner Amtszeit am 10. Februar 2022. Dies traditionell protokollarische Großereignis, das Politiker und zahlreiche Vertreter*innen aus der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Kulturszene im Nationalen Parlament in Kapstadt zusammenführt, musste in diesem Jahr im Rathaus von Kapstadt stattfinden, weil ein verheerendes Feuer zu Jahresbeginn den Plenarsaal des Parlaments fast völlig zerstört hatte.



Wenn man die rund 8000 Wörter umfassende Rede gelesen hat, ist man geneigt festzustellen, dass dieser notwendige Ortswechsel auch schon fast das Überraschendste an der diesjährigen SONA war. Aber eine solch zugespitzte Bewertung verbietet sich angesichts der dramatischen Lage des Landes. Allerdings erscheint der durchgängig in seiner Rede vom Präsidenten unternommene Versuch, die Vielfalt der Problem- und Handlungsfelder mit der wiederholten Ankündigung bekannter Maßnahmen und Programme als lösbar darzustellen, auch langjährigen gutwilligen Beobachtern nicht ganz redlich. Es fehlt nach wie vor an entschiedenem Handeln.

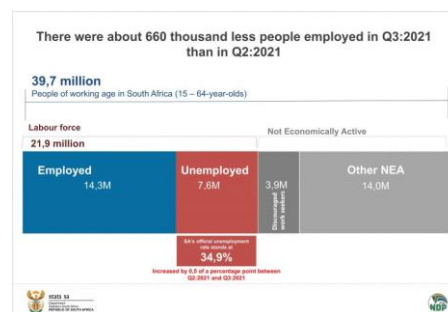
So stellt Ramaphosa zu Beginn ganz allgemein fest, „dass die derzeitige Situation – tiefe Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit – inakzeptabel und unhaltbar“ sei, aber es finden sich weder in der SONA noch in dem vom Präsidialamt parallel

We are rebuilding our economy from the devastating impact of COVID-19 (Auszug aus "Key messages SONA 2022" – Presidency RSA – [hier](#))

- The Economic Reconstruction and Recovery Plan which puts the creation of jobs at the heart of our economic recovery is currently being implemented.
- The plan fast-tracks urgent economic reforms, removes regulatory barriers that increase costs, expands employment programmes, facilitates large-scale investment in infrastructure, and implements measures to promote localization and trade.
- Government is also working closely with financial institutions and multilateral development banks to find innovative ways of funding infrastructure investment.
- Government continues to put the building blocks in place to boost our economic growth, create new businesses and industries, and ultimately create jobs, especially in the small and medium enterprise sector.
- Although much work still remains, 2021 has seen green shoots of hope and renewal emerge and with it hope for a better future for all.
- The country showed itself as an investment destination of choice, attracting some of the world's top businesses to expand their operations in the country.

veröffentlichen Datenblatt „SONA-in-Numbers“ ([hier](#)) die grundlegenden Fakten, die das Gewicht der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme verdeutlichen – keine Zahlen zum Wachstum, zur Arbeitslosigkeit, zu Defiziten in den staatlichen Dienstleistungen etc. etc..

So fühlt man sich als Leser*in ein wenig hinters Licht geführt, wenn man im Datenblatt unter der Überschrift „Employment“ lediglich liest, dass 80 % der Beschäftigten im Privatsektor arbeiten.



Ein Blick auf die [website](#) der südafrikanischen Statistikbehörde ([hier](#)) ist ergiebiger: Dort wird die offizielle Arbeitslosigkeit im Lande für 2021 mit 34,9 %, das wirtschaftliche Wachstum im III. Quartal 2021 mit – 1,5 % und der Konsumentenpreisindex (CPI) für Januar 2022 mit + 5,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum angegeben. Zahlen, die man im Analyseteil der SONA vermisst.

Und so überrascht es nicht wirklich, wenn man gegenüber den SONA der Vorjahre nichts wirklich Neues entdeckt und die Elemente der Reformagenda - Infrastruktur, Energieversorgung, staatliche Beschäftigungsprogramme oder bessere Ausbildung und Verstärkung des öffentlichen Dienstes – wiederholt angekündigt werden, ohne dass über signifikante Fortschritte berichtet werden könnte.

Bei genauerem Hinsehen finden sich jedoch auch einige Akzente, die der Präsident in dem für ihn und den ANC so wichtigen Jahr setzt. Denn Ende des Jahres geht es um seine politische Zukunft als Präsident des ANC und um seine Chancen für eine 2. Amtszeit als Staatspräsident bei den Wahlen im Frühjahr 2024. Es gilt, das Debakel für den ANC bei den Kommunalwahlen auszubügeln und den Wähler*innen einen handlungsfähigen und entschiedenen Präsidenten zu präsentieren. Ein Cyril Ramaphosa, dem es gelingt, die Ankündigungen zu realisieren, um die zweifellos großen, zahlreichen und selbst bei gutem Willen unüberwindlich scheinenden Herausforderungen zu bewältigen: Belebung der Wirtschaft, Überwindung von Arbeitslosigkeit und Armut, Rehabilitation der Energie- und Wasserversorgung, Verbesserung der Daseinsvorsorge und – nicht zuletzt – hinreichende

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Februar/März 2022

Ausstattung der Justiz für ein entschlossenes Vorgehen gegen die hochrangigen Verantwortlichen, die der Bericht der ZONDO-Kommission nach aufwändiger Ermittlungsarbeit benannt hat.

Ramaphosa spricht das alles mit großer Deutlichkeit an. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Politik die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Privatsektor und eine wachsende Wirtschaft schaffen muss, um die Handlungsfähigkeit und die Daseinsvorsorge des Staates zu sichern. Den Ideen einer Vergesellschaftung privaten Eigentums und von Land erteilt er eine klare Absage. Er weiß aber auch, dass in der Diskussion über den künftigen Weg Südafrikas Sprengstoff insbesondere für die soziale Entwicklung im Lande liegt, den es zu entschärfen gilt. Seine Mittel der Wahl sind eine prosperierende Wirtschaft, für die Südafrika nach wie vor gute makroökonomische Voraussetzungen bietet, und eine Landreform im Rahmen der geltenden Verfassung.

Dem Präsidenten ist bewusst, dass dies einen starken und handlungsfähigen Staat erfordert, der die Bedingungen für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Stabilität und den Zusammenhalt des Gemeinwesens schaffen und gewährleisten muss. Er räumt zugleich ein, dass dies in der Vergangenheit nicht wirklich gelungen sei bzw. erreichte Erfolge in der Zuma-Ära regelrecht boykottiert worden seien – eine Zeit, in der auch er vier Jahre als Vizepräsident Mitverantwortung trug. So bekennt er sich und seine gesamte Regierung als verantwortlich für die in einem gerade veröffentlichten Untersuchungsbericht des „Expert Panel“ [hier](#) beschriebenen Versäumnisse bei der Bewältigung der Aufstände im Juli letzten Jahres. Sie waren durch die Festnahme von Jacob Zuma zur Durchsetzung der angeordneten Beugehaft ausgelöst worden. Die Ursache für die Heftigkeit und landesweite Ausbreitung lag aber vor allem in wachsender Unzufriedenheit und Wut über die



schlechten Leistungen der Regierungen auf nationaler und Provinz-Ebene.

Es darf allerdings bezweifelt werden, ob diese Übernahme von Verantwortung ausreicht, den mehr als 55 % unter Armutbedingungen lebenden Südafrikaner*innen (Frauen 58,6 %, Männer 54,9 %) die Zuversicht zu vermitteln, dass es der „People’s Party“ ANC und ihrem Präsidenten Ramaphosa in einer 2. Amtszeit gelingt, ihre Situation zu verbessern.

Die Hoffnungen, dass sich Südafrika unter seiner Führung dem Ziel „a better life for all“ wieder annähern würde, nachdem sein Vorgänger es mit dem Zusatz „..all my friends“ zugunsten einer korrupten Elite versehen hatte, konnte Cyril Ramaphosa bislang jedenfalls nicht erfüllen.

Together we can build the country of our dreams.

(Auszug aus “Key messages SONA 2022” – Presidency RSA –

- Through our combined actions we can eradicate the triple challenge of poverty, inequality and unemployment.*
- Every person has a role to play in ensuring that we create a better tomorrow for all.*
- Our country needs active citizens who are the bedrock of any democracy.*
- The strength of our civil society remains robust and our democracy remains strong.*
- Government is also pleased that South Africans remain engaged in democratic processes.*
- Together we can ensure that our representatives in both the public and private sector fulfil their obligations and live up to their oaths of office.*

Dabei war ihm Zeit eingeräumt worden, die von der Staatsvereinnahmung durchgesetzten Strukturen behutsam zu säubern, um mit neuen und vereinten Kräften die notwendigen Veränderungen zum Besseren einzuleiten. Ihm war Verständnis entgegengebracht worden, dass er dies angesichts der nach wie vor starken Widerstände im ANC nicht radikal, sondern mit gebotener Vorsicht umsetzt.

Nun aber liegen mit den Erkenntnissen des ZONDO-Berichts die Fakten auf dem Tisch und die Verantwortlichen sind benannt.

Die SONA wäre für den Staats- und Regierungschef wohl ein guter Zeitpunkt gewesen, seine Entschiedenheit und Entschlossenheit zum Handeln zu verdeutlichen. Ramaphosa bleibt jedoch bei seinem „Muster“: Er will sich bis zur Jahresmitte Zeit nehmen, einen Aktionsplan zur Umsetzung der Empfehlungen der ZONDO-Kommission zu entwickeln.

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung des Präsidenten nach einem „neuen Konsens“ und der damit verbundenen Erwartung, dass sich Regierung, Gewerkschaften, Unternehmen und die gesellschaftlichen Kräfte zusammenschließen, um einen umfassenden Sozialpakt zur Förderung der Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung des Hungers auszuarbeiten.

100 Tage – so der Präsident – habe man sich gegeben, um diesen Pakt zu schmieden. Diese Frist endet am 21. Mai 2022!

Wieder bleibt nur die Hoffnung, dass das gelingt und – noch viel wichtiger - dass alle Beteiligten dann auch zu robustem Handeln bereit sind und einen solchen Pakt umsetzen.

Die Vorstellung des Haushalts 2022/23 durch Finanzminister *Godongwana*, über die wir auch in dieser Ausgabe berichten, gibt leider keinen Anlass zur Zuversicht.

Klaus Brückner

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Februar/März 2022

Der „Zwilling“ der SONA – Die Haushaltsrede des Finanzministers¹

„Nur durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann Südafrika genügend Arbeitsplätze schaffen, um Armut und Ungleichheit zu verringern und so unser Ziel eines besseren Lebens für alle zu erreichen.“ Mit dieser Kernbotschaft macht Finanzminister Enoch Godongwana in seiner Budgetrede am 23. Februar 2022 ([hier](#)) deutlich, dass es für ihn nur einen Weg gibt, die Folgen eines Jahrzehnts des Stillstands von Entwicklung und wirtschaftlicher Stagnation Südafrikas hinter sich zu bringen.

MACROECONOMIC OUTLOOK - SUMMARY				
Percentage change	2021	2022	2023	2024
	Estimate	Forecast		
Household consumption	5.6	2.5	1.8	2.0
Gross fixed-capital formation	1.2	3.2	3.8	4.1
Exports	9.3	2.9	2.8	2.7
Imports	8.5	5.4	3.9	3.3
Real GDP growth	4.8	2.1	1.6	1.7
CPI inflation	4.5	4.8	4.4	4.5
Current account balance (% of GDP)	3.8	0.3	-1.2	-1.5

Wer in dem vorgelegten Haushalt allerdings wirksame Hebel und Möglichkeiten des Staatshaushaltes sucht, wie Wachstum stimuliert und nachhaltig gesichert werden soll, muss sich einmal mehr mit Ankündigungen, Absichten und der Erwartung begnügen, dass es gelingen kann, für wichtige Investitionen in „kritische“ Infrastruktur für die Wirtschaft und die Daseinsvorsorge privates Kapital mit öffentlichen Mitteln zu verbinden. Der Staatshaushalt allein wird angesichts der nach wie vor dramatischen Verschuldung des Landes und einer volatilen Einnahmeperspektive auch längerfristig jedenfalls keine ausreichenden finanziellen Spielräume zur Bewältigung der massiven Herausforderungen bieten.

So bleibt dem Finanzminister nichts anderes übrig, als den Staatshaushalt mit Vorsicht und im Rahmen seiner sehr begrenzten Möglichkeiten zu steuern und auf eine massive Belebung der Weltwirtschaft nach Überwindung der Corona-Krise zu hoffen, von der auch Südafrika zweifellos profitieren würde.

Einen kleinen Lichtblick kann Godongwana mit seinem Bericht über die Staatsverschuldung liefern: Zwar liege die derzeitige Staatsverschuldung bei rund 4,3 Billionen Rand mit einem erwarteten Anstieg auf 5,4 Billionen Rand, aber die Schuldenquote habe sich etwas verringert und werde sich nun bis 2024/2025 bei rd. 75 % des BIP stabilisieren – rd. 3 % weniger als bislang in der Mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert.

Darüber hinaus kann der Finanzminister von unerwartet höheren Einnahmen aus allerdings nur zeitweise hohen Erlösen aus einem im vergangenen Jahr „aufgeheizten“ Rohstoffmarkt profitieren. Diese Quelle kühlt sich aber deutlich ab und wird für die Zukunft wohl kaum noch signifikante Mehreinnahmen gegenüber den mittelfristigen Prognosen generieren.

Der Finanzminister nutzt die Mehreinnahmen zur Reduzierung der Neuverschuldung in kommenden drei Haushaltsjahren – nicht zuletzt, um die erdrückende Zinslast von zurzeit jährlich 330 Milliarden Rand (und künftig ca. 333 Mrd. Rand/Jahr) nicht noch weiter zu erhöhen.

TAX REVENUE, 2022/23	
587.9bn	Personal income tax
439.7bn	VAT
269.9bn	Corporate income tax
117.4bn	Customs and excise duties
89.1bn	Fuel levies
94.5bn	Other

Einnahmen aus Steuern, Zöllen u.a. Quellen in Höhe von rd. 1,6 Billionen Rand stehen Ausgaben in Höhe von 2,16 Billionen Rand gegenüber.

CONSOLIDATED GOVERNMENT EXPENDITURE BY FUNCTION, 2021/22-2024/25					
R billion	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25	2021/22-2024/25
	Estimate	Medium-term estimates			Average growth
Learning and culture	421.4	441.5	446.0	458.0	2.8%
Health	256.2	259.0	247.6	257.5	0.2%
Social development	352.7	364.4	317.6	322.2	-3.0%
Community development	212.5	236.3	252.2	266.7	7.9%
Economic development	201.0	227.1	237.4	256.8	8.5%
Peace and security	218.4	220.7	217.0	226.6	1.2%
General public services	71.9	69.2	69.3	70.5	-0.7%
Payments for financial assets	74.6	27.2	24.7	25.0	
Allocated expenditure	1 808.7	1 845.5	1 811.8	1 883.3	1.4%
Debt-service costs	268.3	301.8	335.0	363.5	10.7%
Contingency reserve	-	10.0	5.0	5.0	
Unallocated reserve	-	-	25.0	30.0	
Consolidated expenditure	2 077.0	2 157.3	2 176.8	2 281.8	3.2%

Deutlich wird, dass die immensen Kosten für den Schuldendienst (330 Milliarden Rand) zusammen mit den massiven Kosten für Bildung - u.a. für die Gebührenfreiheit der Hochschulbildung, Gesundheit und Soziales (gesamt 1,230 Billionen Rand) gerade noch durch die Einnahmen gedeckt sind. Verteidigungsausgaben, die Kosten für den öffentlichen Dienst sowie das Programm zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung – einschließlich der Überbrückungs- und Wiederbelebungsmaßnahmen in der Corona-Krise – sowie der nach wie vor hohe Subventionsbedarf für die überschuldeten und maroden Staatsbetriebe müssen vollständig über Kredite finanziert werden.

Der Finanzminister kündigt jedoch – wenn auch nur in geringem Umfang – eine Reduzierung der Steuerbelastungen an. So wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer erhöht und die Körperschaftsteuer für Unternehmen um einen Prozentpunkt auf 27 % gesenkt.

¹ Zahlenangaben im Text sind in deutsche Einheiten umgerechnet: Trillion = Billion; Billion = Milliarden;

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Februar/März 2022

Die Aussage des Finanzministers: „Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, die Steuern zu erhöhen und den Aufschwung zu gefährden. Deshalb haben wir beschlossen, das Geld in den Taschen der Südafrikaner zu lassen.“ ist zusammen mit angekündigten Steuererleichterungen im Umfang von 5,2 Mrd. Rand sicher populär – und das soll sie wohl auch sein angesichts steigender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Allerdings rechnet der Finanzminister bereits den Verzicht auf eine Mineralölsteuererhöhung als Entlastung i.H.v. 3,5 Mrd. Rand in diesen Betrag ein.

Zudem werden eine Reformagenda für neue Wachstumspfade für die Wirtschaft, und die überfällige Überarbeitung des öffentlichen Beschaffungswesens angekündigt. Ein Mechanismus für Kreditgarantien für Unternehmen mit Eigenkapital und die Entwicklungsfinanzierung von Unternehmensgründungen soll entwickelt werden. Finanzierungen für „katalytische Infrastrukturprojekte“ und die Mo-

derisierung von Straßen, Brücken, Wasser- und Abwassersystemen etc. sollen durch ein neues Kompetenzzentrum für „Public Private Partnership“ im Präsidialamt und „Blended-Finance-Projekte“ intensiviert werden.

Auch werde geprüft, inwieweit die Möglichkeiten der Finanzierung von Investitionen in Infrastruktur über die Pensionsfonds noch besser genutzt werden können. Zudem solle über eine Umstrukturierung des Rentensystems für Einzelpersonen durch ein „Zwei-Topf-System“ Kapitalerhaltung und ein kurzfristiger Zugriff auf die Fonds zugleich möglich werden.

Einmal mehr wendet sich der Finanzminister auch dem Problemfeld „Staatliche Unternehmen“ zu. Deren Zukunft, so *Godongwana*, soll nun im „Presidential State-Owned Enterprises Council“ auf den Prüfstand gestellt. Sie werde davon abhängen, welchen Wert sie tatsächlich schaffen und ob sie ohne staatliche Rettung nachhaltig bestehen können.

Zudem sollen nun klare Kriterien für ihre staatliche Finanzierung festgelegt werden. Das, so *Godongwana* wörtlich, sei, was die Regierung unter „harter Liebe“ verstehe.

Die Ergebnisse der ZONDO-Kommission treiben auch den Finanzminister um und er bekräftigt den festen Willen der Regierung, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werde der bereits fertige Gesetzentwurf zur staatlichen Beschaffung im Lichte dieser Erkenntnisse noch einmal überarbeitet. Als positives Signal kann in diesem Zusammenhang durchaus auch die Ankündigung gewertet werden, dass die Ressourcen der Justiz und Gerichte gestärkt und das Amt des Obersten Richters mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet wird.

Godongwana hat im Rahmen der Möglichkeiten wohl einen „soliden“ Haushalt vorgestellt, der jedoch keine Signale für eine klare Reformagenda und eine Umsteuerung enthält – und vermutlich auch gar nicht enthalten könnte.

Klaus Brückner

Zusammenfassung eines Berichts des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur Bewertung des Finanzsektors ([hier](#)) - Financial Sector Assessment Program - Südafrika nach Missionen im Feb. 2020 und Juli 2021

Kontext: Nach einem beispiellosen realen Produktionsrückgang im Jahr 2020 erholte sich die Wirtschaft im Jahr 2021 kräftig. Die Aussichten bleiben jedoch angesichts des prognostizierten niedrigen Wachstums, der hohen Arbeitslosigkeit und der ungünstigen Schuldendynamik prekär, und es ist unwahrscheinlich, dass das Erholungstempo beibehalten werden kann. Dank umfangreicher Puffer konnte das Finanzsystem den COVID-19-Schock relativ gut verkraften, aber die in- und ausländischen Abwärtsrisiken sind nach wie vor beträchtlich - mit möglichen Auswirkungen auf die Qualität der Vermögenswerte, die Rentabilität und die Solvenz.

Ergebnisse: Die Banken sind im Basisszenario widerstandsfähig, sehen sich aber in einem schweren Stressszenario mit einer beträchtlichen Kapitalerosion konfrontiert, wobei die schwache Schuldendienstfähigkeit von Unternehmen und die potenzielle Intensivierung der Verflechtung mit dem Staat Risiken für das Finanzsystem darstellen. Die Regulierung des Finanzsektors ist im Allgemeinen stark ..., aber es bedarf einer strengeren Aufsicht, eines formalisierten Rahmens für frühzeitiges Eingreifen und abgeschlossener Sicherheitsnetzreformen. Die Fortschritte bei der weiteren Verbesserung der finanziellen Inklusion und des Zugangs zu Finanzmitteln haben sich in den letzten Jahren verlangsamt, da die Nutzung von Konten nach wie vor begrenzt ist und Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) bei der Beschaffung von Finanzmitteln auf Schwierigkeiten stoßen. Der Fintech-Sektor ist nach wie vor klein, und die Marktzutrittschranken im Bankensektor schränken den Wettbewerb weiterhin ein.

Politische Maßnahmen: Das schwierige Umfeld erfordert eine intensivere Aufsicht mit einem stärkeren Fokus auf Governance und weniger Verlass auf externe Prüfer. Weitere Anstrengungen zur Ausweitung der Risiken des Klimawandels bei Stresstests und Aufsicht sowie eine stärkere Überwachung des wachsenden Fintech-Sektors sind ebenfalls gerechtfertigt. Die Mission empfahl die Vervollständigung des Rahmens für die Bankenabwicklung und die Fertigstellung des Einlagenversicherungssystems, was die Fähigkeit der Behörden zur Bewältigung von Schocks verbessern wird. Der Wettbewerb im Finanzsektor würde von Reformen zur Förderung des Markteintritts und zur Erhöhung der Kapitalmarktfinanzierung (einschließlich "grüner" Finanzierung) profitieren.

Was lange währt: 17./18.2.22 - 6. EU/AU-Gipfel in Brüssel

Ergebnisse aus südafrikanischer und aus deutscher Sicht

Die lange Pause zwischen dem 5. Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union und der Europäischen Union Ende November 2017 in Abidjan und dem 6. Gipfel in Brüssel am 17./18. Februar 2022 war vor allem der Coronapandemie geschuldet. Und der nun nach mehrfacher Terminverschiebung zustande gekommene Gipfel stand unter keinem besonders guten Stern, denn während ihres Treffens spitzte sich die russische Bedrohung der Ukraine zu.

Dass 40 der 54 afrikanischen Staats- und Regierungschefs angereist waren, kann allerdings als starkes Interesse der Verantwortlichen auf dem Nachbarkontinent gewertet werden, die zuletzt durch Spannungen belasteten Beziehungen zu Europa im direkten Austausch zu erörtern. Und so darf dieser zweitägige Gipfel zumindest in der gemeinsam eingegangenen Verpflichtung zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision für eine erneuerte Partnerschaft „für Solidarität, Sicherheit, Frieden und nachhaltige Entwicklung“ als ein wichtiger Schritt zur Verbesserung dieser Beziehungen gewertet werden. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu ‚Geografie, Anerkennung der Geschichte, menschlichen Bindungen, Achtung der Souveränität, gemeinsame Werte, die Gleichheit der Partner und Gegenseitigkeit von Verpflichtungen‘ als Fundamente dieser erneuerten Partnerschaft.

Die zwischen Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen und dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall vereinbarte Gipfel-Agenda sah konkrete Verhandlungen zu den folgenden 7 Bereichen vor:



Präsident Ramaphosa, dessen Fernbleiben zunächst befürchtet worden war, zeigte sich in gewohnter Weise engagiert und ergebnisorientiert. Er beteiligte sich intensiv an den Erörterungen zum Themenbereich Klima und Energie, der auch die Digitalisierung und den Verkehr umfasst, und leitete gemeinsam mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame die Verhandlungen zu Gesundheitssystem und Impfstoffproduktion.

In seinem Resümee betonte er nach Abschluss der Beratungen, dass die notwendige Energiewende den unterschiedlichen Gegebenheiten und Kapazitäten der Länder Rechnung tragen müsse und es keine „one fits all“-Lösungen geben könne. Alle Länder müssten aber ihr Bestes geben, wobei Entwicklungsländer, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent auf Unterstützung angewiesen seien.

Offenkundig schwierig und wohl auch nicht zur Zufriedenheit der afrikanischen Partner verlief die Diskussion über die Freigabe von Patenten für die Herstellung von mRNA-Impfstoffen. So hat die Weltgesundheitsorganisation Ägypten, Kenia, Nigeria, Senegal und Tunesien die Technologie für die Herstellung zugesagt und Südafrika die Rolle eines Technologie-Transferhubs zugeordnet, die Frage der Freigabe von Lizenzen blieb jedoch auch auf diesem Gipfel ungelöst.

Dabei besteht insbesondere die Bundesregierung auf dem „Schutz geistigen Eigentums“. Bundeskanzler Scholz erklärte diese Haltung mit der Notwendigkeit, die Patente und damit die Motivation der forschenden Unternehmen für die Erzielung von Fortschritten zu schützen. Der Gipfel verständigte sich auf die doch eher nichtsagende Formel, nun bei der Welthandelsorganisation auf „Abkommen hinzuwirken, die sich mit Fragen der Handelspolitik und des geistigen Eigentums befassen soll“.

Das Schlussdokument des Gipfels ([hier](#)) enthält eine Reihe von Absichtserklärungen und konkreten Verpflichtungen – allen voran die Zusage, bis Mitte 2022 mindestens 450 Millionen Impfstoffdosen bereitzustellen. Aber auch zu Fragen der Finanzierung von Investitionen, der Stärkung des Engagements des Privatsektors für Direktinvestitionen und in Öffentlich-Private-Partnerschaften sowie der Entwicklungsfinanzierung wurden Vereinbarungen getroffen oder in Aussicht genommen. Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich zu gemeinsamen Bemühungen, illegale Migration zu bekämpfen und zugleich gemeinsame Regeln für eine geordnete Migration insbesondere bei Fachkräften, Studenten und Hochschulabsolventen zu schaffen. Auch der Kampf gegen rechtswidrige Geldtransfers – „illicit financial flows“-, durch den afrikanischen Staatshaushalten große Geldmengen entzogen werden, soll verstärkt werden.

Mit Blick auf die deutsch-südafrikanische Partnerschaft sind es wohl vor allem die Perspektiven verstärkter wissenschaftlicher Zusammenarbeit, der Partnerschaft zwischen Universitäten und vor allem des Austauschs zwischen jungen Menschen (ERASMUS +) und von Künstlern und Kulturschaffenden, denen DeSaFor besondere Aufmerksamkeit widmen sollte.

Klaus Brückner